

**Protokoll:**

Rm Probst (CDU) führt aus, dass bei neuen Bauanträgen und Nutzungsänderungsanträgen die Stellplatzverpflichtung für Fahrräder zukünftig geregelt sein sollte; insbesondere für Büros, Ärztehäuser und Gastronomien. Hierfür wünsche sich die Fraktion eine Satzung, die die Stellplatzverpflichtung im Sinne der Landesbauordnung regele.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0160/2012).